



P R E S S E M I T T E I L U N G

Baden-Baden, 11. Oktober 2016

Kommunalforum der Sparkassen-Finanzgruppe diskutiert Chancen der Integration

Rund 220.000 Flüchtlinge kamen 2015 und bis zur Jahresmitte 2016 nach Baden-Württemberg. Welche Herausforderungen und Chancen birgt ihre Integration? Diese und weitere Zukunftsfragen standen im Mittelpunkt des Kommunalforums der Sparkassen-Finanzgruppe Baden-Württemberg.

500 Vertreter von Landkreisen, Städten, Gemeinden und den 52 Sparkassen in Baden-Württemberg kamen dazu an diesem Dienstag (11. Oktober) nach Baden-Baden ins Kongresshaus. Darunter waren unter anderem mehrere Abgeordnete aus dem Landtag von Baden-Württemberg, 14 Landrätinnen und Landräte, 22 Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister sowie mehr als 230 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Hinzu kamen Kämmerer, Erste Landesbeamte und viele Vorstände der Sparkassen.

In seiner Begrüßung schilderte **Sparkassenpräsident Peter Schneider** die Perspektive der Sparkassen: „Wir sind die Kreditinstitute der Kommunen und Landkreise. Daher war für uns klar, dass wir sie, wo immer es für die Sparkassen möglich ist, unterstützen“, so Schneider. Vor allem bei der Bargeldversorgung der Flüchtlinge packten die Sparkassen mit an. Tausende Konten haben die Mitarbeiter seit Anfang 2015 für Flüchtlinge eingerichtet. Dazu mussten teilweise neue Verfahren erarbeitet werden – viele Kunden konnten sich nicht vollständig ausweisen. Um den Andrang zu bewältigen, richteten einige Institute sogar Sonderöffnungszeiten ein und kooperierten mit Dolmetschern.

Darüber hinaus halfen die Sparkassen den Kommunen bei der Finanzierung von Unterkünften und sie unterstützen zahlreiche Vereine und Helferkreise mit Spenden. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich ehrenamtlich für die Flüchtlinge eingesetzt – und tun dies oft bis heute. „Jetzt geht es vor allem um die Integration in den Arbeitsmarkt“, beschrieb Schneider die aktuelle Herausforderung. Hier nehmen sich die Sparkasse nicht aus. Schneider: „Seit wenigen Monaten gibt es einige

Sparkassen-Finanzgruppe

Sparkassen Landesbank Baden-Württemberg
LBS Südwest SV Sparkassenversicherung
DekaBank Deutsche Leasing Sparkassen-Stiftungen

Weiterer Standort:
Sparkassenakademie
Pariser Platz 3 A
70173 Stuttgart
www.spk-akademie.de

Sparkassenverband
Baden-Württemberg
Am Hauptbahnhof 2
70173 Stuttgart
www.sv-bw.de

Flüchtlinge, die in Sparkassen arbeiten, ein Praktikum absolvieren oder eine Ausbildung begonnen haben. Allerdings stellt die Sprachkompetenz noch eine sehr hohe Hürde dar. Die Sprachkurse sind daher aktuell die wichtigste Grundlage für eine mögliche spätere Beschäftigung.“

Die Integration in den Arbeitsmarkt war auch das Thema des **Präsidenten des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertags, Dr. Peter Kulitz**. Er beleuchtete, welche Leistung die Wirtschaft bei der Integration erbringen kann. Kulitz: „Unsere Unternehmen führen bereits vielfältige Projekte und Maßnahmen durch, um die Flüchtlingsintegration erfolgreich zu bewältigen. Integration gelingt nur, wenn jeder durch eigene Arbeit zur Wertschöpfung beitragen will und dies auch kann. Wir dürfen dabei jedoch nicht durch übertriebene Eile die Unternehmen überfordern, denn Integration braucht Zeit. Eine gute Ausbildung und eine Arbeit sind hierfür der richtige Weg, um in der Mitte unserer Gesellschaft anzukommen. Die IHK-Organisation agiert hierbei als Mittler zwischen den Geflüchteten und den Betrieben, um bestmögliche Grundlagen für die Integration zu legen.“

Die Sicht der Landesregierung zeigte **Staatssekretärin Bärbl Mielich MdL** auf, die in Vertretung des Ministers für Soziales und Integration nach Baden-Baden kam: „Wir wollen, dass aus Geflüchteten und Untergebrachten Mitbürgerinnen und Mitbürger werden. Deshalb liegt einer unserer Schwerpunkte darauf, Kommunen bei der Integration der vielen im letzten Jahr angekommenen Flüchtlinge zu unterstützen. Im Bereich der Förderung kommunaler Integrationsarbeit sind wir schon sehr aktiv und werden das auch bleiben, etwa durch die Förderung von Integrationsbeauftragten. Seit 2013 haben wir über 300 Kommunen die Einstellung solcher Beauftragter, die vor Ort die Arbeit der haupt- und ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer koordinieren und als zentrale Ansprechpartner für alle Fragen rund um die Themen Integration und Flüchtlinge fungieren, ermöglicht.“

Landesförderprogramme etwa zum Spracherwerb, zur Unterstützung ehrenamtlicher Initiativen sowie zur Arbeitsmarktintegration seien weitere Beispiele für das Engagement des Landes. Um das Engagement der Landesregierung auf feste Füße zu stellen, werde die Landesregierung einen Pakt für Integration mit den Kommunalen Landesverbänden abschließen. „Darin sollen maßgebliche Integrationsmaßnahmen und Themenfelder, wie Integrations- und Flüchtlingsbeauftragte, Bedarf an Sprachkursen, Betreuung von Kleinkindern, Schulsozialarbeit, Ehrenamt, Schulentwicklung und Bau von Kindertageseinrichtungen eine Rolle spielen“, erklärte Mielich.

Der **Präsident des Landkreistages, der Tübinger Landrat Joachim Walter**, sieht den Schlüssel zur Integration auf der kommunalen Ebene: „Die Kommunen verfügen über Erfahrungen und Wissen, wie Integration vor Ort gelingen kann“, sagte Walter.

„Um diese Aufgabe aber auch qualifiziert und adäquat ausführen zu können, brauchen die Kommunen dringend zusätzliche und verlässliche Ressourcen. Denn zwischen dem Bekenntnis, dass die Integration vor Ort stattfindet, und der Bereitschaft, die Kommunen mit den dafür notwendigen Kompetenzen und Ressourcen auszustatten, klafft derzeit noch eine erhebliche Lücke. Die zentrale Aufgabe der Integration braucht verlässliche Strukturen und vor allem eine verlässliche Finanzierung.“

In der folgenden, lebhaft geführten Podiumsdiskussion an der neben Staatssekretärin Bärbl Mielich, und Landrat Joachim Walter auch Richard Arnold, Oberbürgermeister der Stadt Schwäbisch Gmünd, Roger Kehle, Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg, und Dr. Dieter Salomon, Oberbürgermeister der Stadt Freiburg, teilnahmen, äußerten die Vertreter der Kommunen klare Erwartungen an das Land.

Roger Kehle, Präsident des Gemeindetags von Baden-Württemberg, betonte: „Integration ist ein langer Weg und heißt, dass wir für die Flüchtlingskinder Betreuungsplätze in Kitas schaffen und ihnen ermöglichen müssen, in die Schule zu gehen oder eine Ausbildung zu machen. Wir brauchen Arbeitsplätze für die Menschen und müssen sie dabei begleiten, sich in unserer Gesellschaft und unserem Werte- und Ordnungssystem zurechtzufinden. Diejenigen, die traumatisiert sind, brauchen psychologische Unterstützung. All das kostet viel Geld, das die Städte und Gemeinden nicht allein aufbringen können. Wir fordern deshalb von unserer Landesregierung endlich eine klare Aussage darüber, wie sie uns bei der Integration unterstützen wird.“

Oberbürgermeister Richard Arnold, der in Schwäbisch Gmünd zusammen mit lokalen Hilfsorganisationen das „Bündnis für Menschlichkeit“ ins Leben gerufen hat, unterstrich diese Forderung mit Nachdruck: „Kommunen können nicht warten, Kommunen müssen handeln. Deshalb ist es wichtig, dass Kommunen und Land schnell zu einer Einigung kommen. Arnold plädierte dafür, Flüchtlinge stärker in ehrenamtliche Aufgaben einzubeziehen. „Wir legen Wert darauf, dass unsere Flüchtlinge ihre Zeit nicht einfach absitzen.“ Gute Erfahrungen hat Arnold mit der ehrenamtlichen Beschäftigung von Flüchtlingen zum Beispiel bei der Freiwilligen Feuerwehr gemacht. „Nirgendwo gelingt Integration schneller als in Hilfsorganisationen und Vereinen.“

Ein Schwerpunkt des Kommunalforums lag auf der Praxis. Wie können die Potentiale der Flüchtlinge erkannt und gefördert werden? Wie holt man Bürgerinnen und Bürger mit ins Boot? Konkrete Beispiele dazu zeigte unter anderen der **stellvertretende Präsident des Städtetags Baden-Württemberg, Freiburgs Oberbürgermeister Dr. Dieter Salomon**, auf: „In Freiburg etablieren wir jetzt das Kompetenzcenter Flüchtlinge. Unter einem Dach arbeiten hier Stadtverwaltung, Jobcenter und Arbeitsagentur zusammen. Durch die enge Verzahnung der jeweiligen Angebote können wir künftig effektiver geflüchteten Menschen dabei helfen, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.“

Und obwohl in den vergangenen Monaten spürbar weniger Flüchtlinge nach Freiburg gekommen sind, ist die Bereitschaft zur Hilfe in Freiburg noch immer sehr groß: Knapp 1500 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer engagieren sich und helfen den Flüchtlingen dabei, sich im Alltag zurechtzufinden. Wir fördern Projekte, die den Flüchtlingen helfen, sich in unserer Gesellschaft zurechtzufinden und unsere Werte kennenzulernen. Zugleich unterstützen wir zusammen mit der Universität und der Erzdiözese auch Veranstaltungen, auf denen Experten über die Heimatländer der Geflüchteten informieren.“

Fakten zur Flüchtlingskrise kamen von **Dr. Stefan Luft**. Der Bremer Politikwissenschaftler gab als Sachbuchautor einen Überblick über Ursachen und Folgen der Zuwanderung. Dr. Luft: „Eine wesentliche Bedingung gelingender Integration besteht darin, dass sich der ungesteuerte Massenzustrom des zurückliegenden Jahres nicht in absehbarer Zeit wiederholt. Asyl und Einwanderung müssen auseinandergehalten werden, sonst bleibt die politische Bekundung, Migration steuern zu wollen, Gerede. Wirtschaftlich starke Länder -wie Baden-Württemberg - werden sich leichter mit der Integration tun als andere. Gemeinsame Anstrengungen aller Beteiligten – vor allem der Wirtschaft – sind allerdings auch hier unverzichtbar.“

Dr. Dagmar Wolf von der Robert Bosch Stiftung beleuchtete am Nachmittag, welche Chancen sich durch Vielfalt in Kitas und Schulen eröffnen können. „In Kitas und Schulen gehört Vielfalt längst zum Alltag. Davon machen die Kinder und Jugendlichen, die im vergangenen Jahr neu nach Deutschland kamen, nur einen Bruchteil aus“, so Dr. Wolf. „Allerdings ist das Thema Vielfalt durch die Flüchtlinge noch stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Unsere Erfahrungen zeigen, dass Erzieher und Lehrer mit entsprechender Ausbildung die sprachlichen und kulturellen Unterschiede der Kinder durchaus als Chance begreifen und produktiv beim Lernen nutzen. Was aber den meisten Fachkräften fehlt, ist eine qualifizierte Vorbereitung auf diese Situation. Hier setzen wir mit unserer Arbeit an. Aber auch Kommunen sind gefragt: Sie können die Schule mit weiteren Partnern im Stadtteil vernetzen und damit lokale Bildungsbündnisse initiieren.“

Bildung ist für **Uwe Hück**, „das schärfste Schwert“. Der **Vorsitzende des Betriebsrats und stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats der Porsche AG** schilderte zum Schluss des Kommunalforums mit viel Humor die Integrationsarbeit seiner „Lernstiftung Hück“ in Pforzheim. „Es hat keinen Sinn, die Leute in ein Zimmer einzusperren, in dem sie nichts zu tun haben und sie zu Weltmeistern im Langschlafen auszubilden“, bemerkte er. Hück plädierte dafür, junge Menschen – er unterscheidet dabei nicht zwischen Flüchtlingen und Nicht-Flüchtlingen – möglichst früh Einblick in die Arbeitswelt nehmen zu lassen. „Die Jugendlichen müssen begreifen, dass sie sich engagieren müssen, wenn sie etwas erreichen wollen“, betonte er. „Es gibt nichts ge-

schenkt.“ Wichtig sei zudem, dass sie die gesellschaftlichen Werte wie die Gleichberechtigung von Mann und Frau kennen und akzeptieren.

weitere Informationen für Journalisten:

Stephan Schorn

Pressesprecher

Sparkassenverband Baden-Württemberg

Am Hauptbahnhof 2

70173 Stuttgart

Telefon: 0711 – 127 – 77390

Handy: 0172 – 3 63 80 24

E-Mail: stephan.schorn@sv-bw.de